

Nina Warken MdB

Newsletter

Zuhören. Anpacken. Umsetzen.

CDU

Nr. 12/2022

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

mit dem Beginn der Sitzungszeit endet meine Sommertour durch den Wahlkreis. Zurück in Berlin ging es mit einer Haushaltswoche los. Die Beratungen fanden in diesem Jahr unter schwierigen Bedingungen statt. Allen voran war die angespannte Wirtschafts- und Energiepreislage das bestimmende Thema. Die Äußerungen von Wirtschaftsminister Habeck in dieser Woche zu den Folgen der Preissteigerungen für Unternehmen waren ungeheuerlich. Sie haben die Unfähigkeit der Ampel, unser Land vorausschauend durch die Krise zu manövrieren, noch einmal in aller Deutlichkeit gezeigt! Neben kontroversen Haushaltsdebatten gab es im Plenum des Bundestages auch drei andächtige Momente: Am Dienstag hielt der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog eine Ansprache. Hintergrund war der 50. Jahrestag des Attentats während der Olympischen Spiele in München im Jahr 1972. Am Mittwoch folgten Gedenkworte der Bundestagspräsidentin anlässlich des Todes von Michail Gorbatschow. Bei sicherlich auch berechtigter Kritik an Entscheidungen während seiner langen politischen Karriere, haben wir ihm als Bundesrepublik viel zu verdanken. Ohne sein Engagement wäre es wohl nicht zur deutschen Wiedervereinigung gekommen. Und bei Bekanntgabe des Todes von Königin Elisabeth II. fand am gestrigen Abend eine spontane Gedenkminute im Plenarsaal statt. Auch Präsidentin Bärbel Bas richtete heute Morgen einige Worte an das Parlament und in Richtung Großbritannien.

Die
Nina Warken

Klausurtagung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Zugspitze/Murnau. Bei unserer Klausurtagung haben wir wichtige Impulse für den Herbst gesetzt. Es braucht Klarheit in unsicheren Zeiten – auf verschiedenen Ebenen. So ging es etwa um die Sicherheit und Bündnisfähigkeit. Wir müssen mit unserer Bundeswehr ein verlässlicher Partner in der NATO sein. Ein Thema beschäftigte uns aber ganz besonders: Die steigenden Preise bei uns in Deutschland.

Klarheit für sichere und bezahlbare Energie

Im Mittelpunkt standen die hohen Energiepreise, die wir schon heute spüren und die uns spätestens im Winter mit voller Wucht treffen werden. Hier haben wir elf konkrete Ansätze formuliert, wie dieser Entwicklung entgegengearbeitet werden kann – nein: muss. Nun ist es an der Bundesregierung, ideologische Scheuklappen beiseite zu legen und sich mit unserem Beschluss zu befassen. Darin fordern wir unter anderem: **Gasumlage abschaffen!** Sie belastet unverhältnismäßig private Haushalte und Unternehmen in einer finanziell ohnehin angespannten Lage. Sie muss abgelöst werden durch eine gezielte Unterstützung derjenigen Energieversorger, die wirklich insolvenzbedroht sind. Zudem muss sichergestellt werden, dass die begünstigten Unternehmen das Geld zurückzahlen, wenn es ihnen finanziell wieder besser geht. **Kernkraft nutzen!** Wer sich in so einer Lage nicht für den Weiterbetrieb aller drei noch laufenden Kernkraftwerke ausspricht, riskiert die Versorgungssicherheit und immer weiter steigende Preise. **Strompreis bremsen!** Aktuell wird der Strompreis durch den explodierenden Preis der Gasverstromung bestimmt. Wir fordern: Merit-Order erhalten und Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen. Das hätte eine Sofortwirkung auf den Strompreis.

Kurz- nachricht aus Berlin

Der geplante **Förderstopp für Sprach-Kitas ist unverantwortlich!** Sprache ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration und Teilhabe. Ihre Förderung im frühkindlichen Alter ist unersetzlich. Wenn die Ampel ihr Vorhaben in die Tat umsetzt, lässt sie neben dem Fachpersonal und den Eltern vor allem die Kinder im Stich! In dieser Woche haben wir als CDU/CSU unsere Forderung mit einem **Kita-Gipfel** gestärkt. Auch **Einrichtungen unserer Region** haben teilgenommen. Unterstützen auch Sie die Familien und Kitas bei uns in Odenwald-Tauber über das [Petitionsportal des Deutschen Bundestages!](#)

Entlastungspaket der Bundesregierung bleibt zu vage und unkonkret

Seit Sonntag liegt das Entlastungspaket der Bundesregierung vor. An den entscheidenden Stellen bleibt es vage und unkonkret. Die zentrale Frage der Kapazitätsausweitungen bei der Stromproduktion bleibt unbeantwortet. Die Bundesregierung trifft keine hinreichende Entscheidung zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, keine Entscheidung zum Stopp der Gasumlage und verschafft keine Klarheit bei der Dämpfung der Energiekosten. Beim Strompreis wird weder die Höhe noch der Zeitpunkt der Entlastung genannt. Wie sich die angeblichen 65 Mrd. Euro zusammensetzen, bleibt intransparent. Das sind keine ausreichenden Maßnahmen gegen die Preisexplosion. Auch wenn die Ampel die eine oder andere Forderung von uns – etwa die Energiepreispauschale für Rentner und Studenten – übernommen hat: Wir sehen weiter Nachbesserungsbedarf bei Entlastungen für Bürger und Mittelstand!

Bundeshaushalt wird der aktuellen Krisensituation nicht gerecht

Die Einhaltung der Schuldenbremse – von Finanzminister Lindner versprochen – ist bereits auf Kante genäht. Die Ampel traut sich nicht, strukturelle Probleme anzugehen. So ist der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung inzwischen auf 112,4 Mrd. Euro – 25 Prozent des Haushaltsvolumens – angewachsen. Bis 2026 steigt er weiter auf 128,8 Mrd. Euro (29,5 Prozent). Statt dringend notwendiger Reformen werden Probleme mit Geld zugeschüttet – Geld, das bereits jetzt an anderer Stelle fehlt. Der Bundesrechnungshof bringt es auf den Punkt: „Aus dem Haushaltsentwurf wird die wahre Lage der Bundesfinanzen nicht deutlich.“ Auch beim Katastrophenschutz einsparen zu wollen, ist ein Irrweg! Vor allem ein Jahr nach dem furchtbaren Hochwasser im Ahrtal und in NRW, nach einem Sommer voller Waldbrände, inmitten einer Pandemie und während eines Angriffskriegs auf europäischem Boden. Wieder einmal zeigt die Bundesregierung, dass sie ihre Verantwortlichkeiten völlig falsch priorisiert.

COVID-19-Schutzgesetz weiterhin an vielen Stellen unklar

Trotz monatelanger Vorbereitungszeit bleibt das vorgelegte Maßnahmenpaket wissenschaftlich wie praktisch unklar und unvollständig. Es folgt nicht dem Leitgedanken, auf besonnene Weise wieder ein möglichst hohes Maß an Normalität zu ermöglichen. Mit unserem Antrag „[Gut vorbereitet für den Herbst – Pandemiemanagement verbessern](#)“ machen wir gut begründete Gegenvorschläge. Nach wie vor fehlt es an einer kohärenten Kommunikations-, Impf- und Teststrategie. Die Voraussetzungen für die Gesetzesanwendung durch die Bundesländer bleiben unklar. Es fehlt ein Mindestmaß an bundesweiter Orientierung. Erneut wird die Ampelkoalition ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in unserem Land nicht gerecht.

EU-Kommission geht bei Plänen zu Pflanzenschutzmitteln den falschen Weg

Die Europäische Kommission plant in Schutzgebieten den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gänzlich zu untersagen. Für landwirtschaftliche Betriebe brächte dies gravierende Änderungen mit sich. Wir sind uns alle einig, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert werden muss. Allerdings müssen auch Praxisauglichkeit und Bedarfsgerechtigkeit beachtet werden. Nicht zu vergessen: In Deutschland sind die Vorschriften bereits besonders streng. Die Pläne der EU-Kommission werden wir als CDU/CSU in der Form nicht hinnehmen. Wir erarbeiten derzeit konkrete Schritte dagegen.

#SocialMedia



Wahlkreis Odenwald-Tauber bleibt

Odenwald-Tauber. In den Fränkischen Nachrichten (FN) war vor Kurzem zu lesen, dass es Überlegungen gebe, den Wahlkreis Odenwald-Tauber neu zuzuschneiden. Diese Überlegung habe die so genannte Wahlkreiskommission entwickelt, ein Gremium aus sieben Personen, einer davon der Präsident des Statistischen Bundesamtes. Diese Kommission berichtet lediglich dem Bundestag, wie sich die Bevölkerungszahlen entwickeln und macht Vorschläge, falls Wahlkreise zu klein oder zu groß werden. Unser Wahlkreis ist – auch bei Reduzierung der Gesamtzahl der Wahlkreise – danach derzeit etwa 4 Prozent zu groß (zum Vergleich: der Wahlkreis Schwarzwald-Baar etwa ist über 24 Prozent zu klein). Derzeit plant die Ampel ohnehin, die Zahl der Wahlkreise nicht zu verkleinern. Daher waren der FN-Artikel und seine Überschrift, dass es danach aussieht, dass unser Wahlkreis wegfällt, leider unzutreffend. Odenwald-Tauber hat genau die richtige Größe und ist eine starke Einheit, die auch künftig bestehen bleiben wird.

Zu Gast: Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages



Main-Tauber-Kreis. Im Zuge meiner diesjährigen Sommertour war es mir ein besonderes Anliegen, verstärkt mit unseren Landwirten in den Austausch zu kommen. Hierfür habe ich neben dem Termin im Neckar-Odenwald-Kreis (Newsletter Ausgabe Nr. 11) auch eine Tagestour im Main-Tauber Kreis gemacht. Mit dabei: mein Kollege Hermann Färber. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag und selbst Landwirt. Der Tag begann mit einem Besuch der Bezugs- und Absatzgenossenschaft (BAG) Raiffeisen eG in Creglingen. An dem Gespräch nahmen auch der Vorsitzende sowie der Geschäftsführer des Bauernverbands Main-Tauber teil. Danach ging es nach Weikersheim zum Hof von Waldemar Hein und zum Hof Aischland der Familie Beck. Den Abschluss bildete eine Diskussions- und Gesprächsrunde mit weiteren Landwirten, Vertretern der BAG, Winzern und Betreibern von Biogasanlagen. Nur gemeinsam können wir die Probleme angehen. Wir bleiben dran!

Sozialstation treibt ihre eigene Energiewende voran



Walldürn. Bei der Kirchlichen Sozialstation Hardheim-Höpfingen-Walldürn haben wir unter anderem über das Thema Energiegewinnung gesprochen. Die Sozialstation hat schon vor vier Jahren mit einer Photovoltaikanlage den ersten Schritt zur eigenen Energiewende getan. Mittelfristig wird auch die Umstellung auf E-Mobilität in der Fahrzeugflotte angestrebt. In diesem Zusammenhang kam der immense bürokratische Aufwand bei solchen Vorhaben zur Sprache. Hier müssen dringend weitere Verbesserungen her! Auch das Kernthema der Sozialstation kam nicht zu kurz: die Pflege. Im Mittelpunkt stand der Fachkräftemangel. In den letzten Jahren konnten wir auf dem Gebiet schon viel erreichen, etwa mit dem Pflege-stärkungsgesetz. Aber auch dieser Termin hat gezeigt, dass noch viele Aufgaben vor uns liegen. Dazu gehören auch verbesserte Rahmenbedingungen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Hier ist nun die Ampel in der Pflicht!

In Schwarzach hat sich in den vergangenen Jahren viel getan



Schwarzach. Ein gutes Wassermanagement war gerade in diesem Sommer von besonderer Bedeutung. Darum habe ich mir das neue Schwimmbad, das auf dem neuesten Stand der Technik in der Wasseraufbereitung ist, angeschaut. Mit dem Besuch zweier Flüchtlingsunterkünfte auf dem Gelände der Johannes-Diakonie stand ein weiteres aktuelles Thema auf dem Programm. Die Geflüchteten leben hier gut zusammen. Den Sozialarbeiterinnen macht aber vor allem die Erreichbarkeit von Sprachkursen und anderen Angeboten in den Abendstunden in Mosbach Sorgen. Hier gilt es nachzubessern. Zuletzt stand noch der Eintrag in das Goldene Buch der Gemeinde an.



Unterwegs im
Wahlkreis



**Austausch mit der
CDU in Buchen**



**Spatenstich des neuen Würth-
Logistikzentrums in Bad Mergentheim**



**Zu Gast bei der CDU
in Ravenstein**



**Wanderung mit der
CDU in Haßmersheim**



**Mit der Senioren Union
beim THW Wertheim**



**Unterstützung von
Praktikantin Lea Braun**

**Wöchentliche
Telefonprechstunde**

**Jeden Mittwoch
von 11 - 12 Uhr
unter 0 93 41 - 858 91 91**

*Ich freue mich
auf Sie!*



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



[twitter.com/ninawarken](https://www.twitter.com/ninawarken)

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken S. 1), Tobias Koch (Klausurtagung, S. 1), Kai Rösch (CDU Buchen, S. 4), Würth Industrie Service GmbH & Co. KG (Spatenstich, S. 4), Team Warken (weitere Fotos).